

http://www.eu2007.de/de/News/CFSP_Statements/April/0424Syrien.html

24.04.2007

Erklärung der Präsidentschaft der EU über die Verurteilung des syrischen Menschenrechtsanwalts Anwar al-Bunni

Die Präsidentschaft drückt ihr Bedauern darüber aus, dass am 24. April 2007 Anwar al-Bunni, ein bekannter syrischer Menschenrechtsverteidiger, in Damaskus wegen der Verbreitung von Informationen über die Menschenrechtssituation zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde. Die Europäische Union ist tief besorgt über wiederholte Fälle der Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern in Syrien.

Die Europäische Union ruft Syrien dazu auf, die Erklärung der Vereinten Nationen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern (Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms), welche die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1998 im Konsens angenommen hat, zu unterstützen und vollständig umzusetzen.

Die Europäische Union bekräftigt erneut die vom Europäischen Rat im Juni 2004 beschlossenen -Leitlinien zu Menschenrechtsverteidigern.

http://www.eu2007.de/de/News/CFSP_Statements/May/0511Syrien.html

11.05.2007

Erklärung der Präsidentschaft der Europäischen Union über die Verurteilung von Dr. Kamal Labwani

Die Präsidentschaft der Europäischen Union bedauert außerordentlich, dass . Kamal Labwani am 10. Mai 2007 zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe, umgewandelt in 12 Jahre Haft, verurteilt worden ist.

Das Urteil gegen den syrischen Staatsbürger und Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Union fußt auf Behauptungen über angebliche Machenschaften oder Kontakte mit einer fremden Macht zur Herbeiführung einer feindlichen Handlung gegen Syrien - ein Vorwurf, der erst später in die Anklage mit aufgenommen wurde. Am 8. November 2005 war . Labwani wegen des Vorwurfs der Verbreitung von Unwahrheiten oder Fehlinformationen verhaftet worden. Diese Anklage wurde 2006 im Zuge einer Generalamnestie fallen gelassen.

Die Europäische Union bekräftigt ihr Bekenntnis zu

Meinungsfreiheit und dem Recht auf ein faires Verfahren, wie sie im von Syrien am 21. April 1969 ratifizierten Pakt der Vereinten Nationen über Bürgerliche und Politische Rechte niedergelegt sind. Die Europäische Union hegt ernste Zweifel, dass diese Rechte des Angeklagten geachtet wurden. Die Europäische Union fordert deshalb die syrischen Stellen auf, das Urteil aufzuheben.

http://www.eu2007.de/de/News/CFSP_Statements/May/0514Syrien.html

14.05.2007

Erklärung der Präsidentschaft der EU zur Verurteilung des Intellektuellen Michel Kilo und des politischen Aktivisten Mahmoud Issa in Syrien

Die Präsidentschaft der Europäischen Union ist tief besorgt über die Verurteilung des syrischen Intellektuellen Michel Kilo und des syrischen politischen Aktivisten Mahmoud Issa zu je drei Jahren Haft am 13. Mai 2007 durch einen Strafgerichtshof in Damaskus. Die Präsidentschaft bedauert, dass Michel Kilo und Mahmoud Issa allein für die Äußerung ihrer politischen Ansichten verurteilt wurden.

Die Präsidentschaft ruft die Arabische Republik Syrien auf, die Meinungsfreiheit und das Recht auf ein faires Verfahren zu achten, wie sie im von Syrien 1969 ratifizierten Pakt der Vereinten Nationen über Bürgerliche und Politische Rechte niedergelegt sind. Sie fordert die zuständigen syrischen Behörden nachdrücklich auf, die Urteile aufzuheben, die vor dem Militärgericht Damaskus noch anhängigen Klagen fallenzulassen und sowohl Michel Kilo als auch Mahmoud Issa freizulassen.